



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Uli Henkel, Josef Seidl, Dr. Ralph Müller, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Pendler und Arbeitnehmer schützen – Kostenexplosion durch Städte-Maut eine Absage erteilen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass in keiner bayerischen Stadt eine „City-Maut“ eingeführt wird.

Begründung:

Mit einem neuen Vorstoß auf Bundesebene deuten Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP an, dass in naher Zukunft eine Städte-Maut eingeführt werden soll. So äußerte der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Oliver Luksic, dass eine City-Maut eine „Alternative zu Fahrverboten“¹ sei. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag wird noch deutlicher und spricht davon, dass Fahrten in die Innenstädte „unattraktiv“ gemacht werden sollen.

Autofahren soll nach diesem Vorstoß von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Luxus erklärt werden, den sich nur Gutverdiener leisten können sollen. Das dürfte Tausende Pendler in Bayern hellhörig werden lassen, müssen sie doch ohnehin oftmals schon beschwerlich lange Autofahrten und entsprechende Kosten hinnehmen, um ihren Arbeitsplatz in den Städten zu erreichen. So sind nach Daten von 2017 61 Prozent der Pendler in Deutschland täglich zwischen 30 Minuten bis fast 2 Stunden unterwegs, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Neben diesen Erschwernissen wird der autofahrende Pendler bereits massiv über die im Benzinpreis eingepreisten Steuern zur Kasse gebeten: Im Mai 2019 betrug der Preis je Liter Super E10 etwa 1,5 Euro je Liter. Der Steueranteil am Gesamtpreis je Liter Super E10 liegt bei 89,5 Cent je Liter (MwSt, Ökosteuer, Energiesteuer, EBV). Das entspricht 59 Prozent Steueranteil pro getanktem Liter! Eine zusätzliche Belastung über eine City-Maut ist den Bürgern nicht vermittelbar, darum lehnen diesen Vorstoß laut einer Emnid-Umfrage auch 75 Prozent der befragten Bürger ab.

Statt kurzfristig mit Verboten oder horrenden Abgaben die Fahrten in die Innenstädte zu verunmöglichen und den Stau einfach nur auf andere Straßen zu verlagern, muss dem Problem langer Staus in Innenstädten eine langfristige Lösung über Anreize und Straßennetzoptimierung entgegengesetzt werden. Besonders im Bereich der regionalen Strukturförderung kann man langfristig Abhilfe schaffen, denn mit einer erfolgreich durchgeführten Digitalisierung des ländlichen Raumes würde es vielen Arbeitnehmern ermöglicht, dass sie von zu Hause im Home-Office arbeiten könnten. Ferner gäbe es für Unternehmen größere Anreize, sich im ländlichen Raum niederzulassen, wenn flächendeckend entsprechende digitale Infrastruktur vorhanden wäre.

¹ Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Antragsteller.

Zusätzliche Belastungen für Arbeitnehmer und Pendler sind angesichts der beginnenden Rezession inakzeptabel und sozial ungerecht. Für einen glaubwürdigen Schutz der Arbeitnehmer und Pendler ist ein klares Bekenntnis gegen eine „City-Maut“ unabdingbar.